

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Marco Witthohn
Zimmer.: 235
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: marco.witthohn@wesermarsch.de

Brake, den 27.10.2023

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		FinA/48/2023
Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen		
Am	Sitzungsdauer	Ort
Dienstag, 26.09.2023	16:30 bis 18:17 Uhr	Kreishaus, Großer Saal, Poggenburger Str. 15,26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Siegmar Wollgam	Kreistagsmitglied (Vorsitz)
Reiner Gollenstede	Kreistagsmitglied
Christoph Hartz	in Vertretung für den Abgeordneten Hafenger
Jürgen Janssen	in Vertretung für den Abgeordneten Stellmann
Dieter Kohlmann	in Vertretung für den Abgeordneten Doormann
Leonard Krippner	Kreistagsmitglied
Ursula Schinski	Kreistagsmitglied
Thomas Wenzel	Kreistagsmitglied
Erika Weubel	Kreistagsmitglied
Horst Wieting	in Vertretung für den Abgeordneten Thümler
Manfred Wolf	Kreistagsmitglied

von der Verwaltung

Sigrid Allmers	Leiterin FD 20 - Finanzen
----------------	---------------------------

Kai Littmann
Maren Würger

FD 91 - Büro des Landrats (Protokollführung)
Leiterin Dez. 1

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Heinz Doormann	Kreistagsmitglied
Torben Hafener	Kreistagsmitglied
Daniel Stellmann	Kreistagsmitglied
MdL Björn Thümler	Kreistagsmitglied

Beratende Mitglieder

Albert Mumme	Kreisbehindertenbeirat
--------------	------------------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Jahresabschluss 2021 sowie Entlastung
Vorlage: 2023/FD20/200
- 6 Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2023 - Stand 31.07.2023
Vorlage: 2023/FD20/199
- 7 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
---	---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
---	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

3	Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
---	---

Das Protokoll über die Sitzung vom 26. September 2023 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

4	Einwohnerfragestunde
---	----------------------

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Fragestellungen vor.

5	Jahresabschluss 2021 sowie Entlastung Vorlage: 2023/FD20/200
---	---

Dezernentin Würger führt in die Thematik ein und teilt mit, dass der Jahresabschluss 2021 mit einem Überschuss in Höhe von 6.461.194,09 EUR abschließt. Anschließend geht sie auf die wesentlichen Prüfungsfeststellungen ein und erläutert die Stellungnahme.

Frau Würger unterstreicht, dass der noch vorhandene kamerale Fehlbetrag auf nunmehr rund 2,862 Mio. EUR reduziert werden konnte. Anhand einer Präsentation wird die Entwicklung der Fehlbeträge ab dem Haushaltsergebnis 2018 bis zur Haushaltsplanung für das Jahr 2024 dargestellt. Dezernentin Würger weist darauf hin, dass sich die Überschüsse größtenteils aus der Dividende der EWE AG ergeben. Hierdurch kann die Bildung einer Überschussrücklage erfolgen. Problematisch sieht sie den Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen am Standort Lemwerder.

Abgeordneter Hartz erinnert daran, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden an dem Überschuss zu beteiligen wären. Dezernentin Würger geht hierzu auf die getroffene Vereinbarung ein, wonach in der Haushaltsplanung bereits der hälftige Überschuss für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden eingeplant worden sind. Ferner erläutert sie, in dem Zusammenhang, das Instrument der Nachtragshaushaltsplanung. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport, als Kommunalaufsicht über den Landkreis Wesermarsch, hat vor einer Sonderausschüttung an die kreisangehörigen Kommunen die Senkung der Kreisumlage angeraten. Frau Würger teilt mit, dass am 06.10.2023 die Gremien des EWE-Verbandes tagen und ggf. eine (weitere) Dividendenzahlung beschlossen wird.

Der Abgeordnete Gollenstede ruft in Erinnerung, dass in der zweiten Jahreshälfte 2023 eine erneute Finanzprüfung und damit verbundene Ausschüttung an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden angedacht gewesen sei. Dezernentin Würger bestätigt diese Vorgehensweise für die geplante Sonderzahlung. Sollte sich der Überschuss des Landkreises wesentlich verbessern könnte im Dezember eine Erhöhung beschlossen werden.

Auf die Frage des Abgeordneter Wolf, in welcher Höhe den Kommunen Sonderzahlungen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022, gewährt worden sind, teilt Frau Würger nachfolgendes mit:

Haushaltsjahr 2021: 5,25 Mio.

Haushaltsjahr 2022: 1,56 Mio.

Aus Sicht des Abgeordneten Wolf sei der jetzige Überschuss nur aufgrund der hohen Kreisumlage erwirtschaftet worden.

Dezernentin Würger geht auf die haushaltswirksamen Sondereffekte der vergangenen Jahre, wie Dividendenzahlung der EWE und erhöhte Landeszuschüsse, ein.

Für besonders finanzschwache Kommunen wurden in den vergangenen Jahren insgesamt 1,4 Mio. als Strukturausgleichsfond gezahlt.

Abgeordneter Wolf regt an, dass im Oktober eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Gleichstellungsfragen stattfinden soll. Dezernentin Würger erläutert, dass eine gewisse Bearbeitungszeit im Fachdienst erforderlich ist, um die gewünschten Zahlen aufzubereiten.

Sodann ruft der Vorsitzende Wollgam den Beschlussvorschlag auf:

1. Gemäß § 129 Absatz 1 NKomVG wird der Jahresabschluss 2021 in Aktiva und Passiva mit 209.462.468,53 Euro festgestellt.
1. Der Jahresüberschuss in Höhe von 6.461.194,09 Euro wird gemäß § 110 Absatz 6 Satz 3 NKomVG genutzt, um eine Verrechnung mit den vorhandenen kameraleen Sollfehlbeträgen (bis 31.12.2006) in Höhe von 9.323.893,71 Euro vorzunehmen.
2. Dem Landrat wird Entlastung für 2021 erteilt.

Dem Beschlussvorschlag wird, bei einer Enthaltung, zugestimmt.

6	Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2023 - Stand 31.07.2023 Vorlage: 2023/FD20/199
----------	---

Dezernentin Würger berichtet über die finanzwirtschaftliche Entwicklung mit Stand 31.07.2023. Sie geht dabei auf den derzeit prognostizierten Überschuss in Höhe von rund 1 Mio. ein und beantwortet Nachfragen.

Zusätzlich wird ein aktueller Gesamtbestand der ins Jahr 2023 übertragenen, investiven Haushaltsausgabereise zur Kenntnis gegeben. Frau Würger geht auf die Investitionen ein und ergänzt, die Investition an der Kreisvolkshochschule Wesermarsch GmbH (KVHS) und einen Radwegebau.

Von dem ausgewiesenen Gesamtbudget in Höhe von 63.548.651,93 EUR ist bereits ein Volumen in Höhe von 33.407.966,87 EUR beauftragt. Ferner weist Frau Würger auf die Budget-Nr. 20_1248 (Gigabitfähiger Breitbandausbau LK / Privatkundenadressen) hin, wonach hier 26,9 Mio. enthalten sind. Weiter 9 Mio. entfallen auf den Rad-, und Straßenwegebau und 19 Mio. für die Schulen. Sie gibt zu bedenken, dass für einige Maßnahmen derzeit nur schwer Fachplaner beauftragt werden können. Zusammenfassend wird verwaltungsmäßig das Erfordernis zur Umsetzung der Maßnahmen gesehen.

Der Abgeordnete Gollenstede bedankt sich für die aussagekräftige Übersicht und stellt die Anzahl der Maßnahmen ins Verhältnis zum Maßnahmenfortschritt. Aus seiner Sicht sei nur eine geringe Anzahl Maßnahmen beauftragt und möchte mehr Transparenz bekommen. Am Beispiel des „Radweges Golzwarden“ erläutert Fachdienstleiterin Allmers die Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln.

Dezernentin Würger macht deutlich, dass den übertragenen, investiven Haushaltsausgabereisen teilweise auch entsprechende Einzahlungen gegenüberstehen. Der Abgeordnete Wolf geht auf die Vorjahre ein und gibt an, dass die zeitliche Umsetzbarkeit der Maßnahmen unrealistisch sei. Aus seiner Sicht dürfen (kurzfristig) nicht realisierbare Maßnahmen nicht im Haushalt aufgenommen werden. Fachdienstleiterin Allmers weist in dem Zusammenhang auf die erteilten Kreditermächtigungen hin.

Der Vorsitzende Wollgam fasst zusammen, dass den Maßnahmen politische Beschlüsse vorausgegangen sind und erst dann eine entsprechende Aufnahme im Haushalt erfolgt ist. Er skizziert eine Bugwelle, welche jede Kommune in ähnlicher Form beschäftigt. Er sieht es als Aufgabe der Parteien, in großer Runde, die (personellen) Ressourcen für die Maßnahmenumsetzung bereitzustellen.

Dezernentin Würger gibt zu bedenken, dass einige Maßnahmen bereits begonnen wurden und mit einem etwaigen Abbruch Kosten verbunden wären.

Aus Sicht des Abgeordneten Hartz sei es nicht so leicht Maßnahmen zu streichen und fordert die Verwaltung auf eine Priorisierung der streichbaren Maßnahmen vorzunehmen. Der Abgeordnete Gollenstede stimmt dem Vorsitzenden Wollgam zu und sieht die Notwendigkeit die Verwaltung auch in die Lage zu versetzen die beschlossenen Maßnahmen umzusetzen.

Der Vorsitzende Wollgam schlägt vor den Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen und bittet um Beratung in den Fraktionen. Der Abgeordnete Wolf möchte eine Beschlussempfehlung treffen. Der Vorsitzende Wollgam fordert eine Priorisierung der Maßnahmen von der Verwaltung, welche von Dezernentin Würger zugesichert wird.

Der Sachstandsbericht zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung 2023 - Stand 31.07.2023 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

7	Verschiedenes
----------	---------------

Der Abgeordnete Wolf schlägt eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen vor. Nach kurzer Aussprache schlägt der Vorsitzende Wollgam vor, dass keine Sondersitzung des Finanzausschusses terminiert wird.

Es wird sich mehrheitlich mit 8 Jastimmen, 1 Neinstimme und 2 Enthaltungen darauf verständigt, dass keine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen terminiert wird.

Wollgam
Ausschussvorsitz

Wenholt in Vertretung
für den Landrat

Littmann
Protokollführung